bnr.de
blick nach rechts

18. Februar 2010 | 27. Jahrgang | Ausgabe 04/2010

INHALT

RECHTE SZENE 2

Revierkämpfe 2

In Nordrhein-Westfalen konkurriert die NPD mit der „pro"-Truppe um das Thema Islam. Zur Landtagswahl kandidieren im Rechtsaußenspektrum auch die Republikaner und die Deutsche Partei.

Testamentsvollstreckung 3

Die rassistische „Gesellschaft für biologische Anthropologie, Eugenik und Verhaltensforschung" tritt das Erbe Jürgen Riegers an.

„Überwindung des Systems" 4

Jenseits von Parteistrukturen hat sich das so genannte „Freie Netz" als hierarchisch organisiertes Neonazi-Netzwerk etabliert.

Beliebte Szene-Devotionalien 5

Rechter Lifestyle-Laden in Berlin geschlossen.

Chronischer „Brandstifter" 6

Nach Verbüßung seiner Haftstrafe kommt Ernst Zündel jetzt auf freien Fuß. Der Holocaust-Leugner agiert seit Anfang der 70er Jahre in der rechtsextremen Szene.

AUSLAND 7

Rassistische Tiraden 7

Die Rechtspopulisten vom belgischen Vlaams Belang wollen offenbar an den wasserstoffblonden „Volkstribun" Geert Wilders in den Niederlanden andocken.

SEITENBLICK 9

Bald ist alles Weiß 9

Der Hamburger FC St. Pauli arbeitet die braune Vergangenheit auf.

BLICK IN DIE ZEITGESCHICHTE 10

„Das Wunder von Remagen" 10

Die missglückte Sprengung der Rheinbrücke durch die Deutschen Anfang März 1945 ermöglichte den weiteren Vorstoß der Alliierten.

MELDUNGEN 11

Revierkämpfe

In Nordrhein-Westfalen konkurriert die NPD mit der „pro"-Truppe um das Thema Islam. Zur Landtagswahl kandidieren im Rechtsaußenspektrum auch die Republikaner und die Deutsche Partei.

„Bildung statt Moscheen" fordert das eine Plakat, „Heimat statt Minarette" das nächste und „Sicherheit statt Islamisierung" ein drittes. Nicht die Anti-Islam-Partei „pro NRW" zieht mit diesen Plakaten in den Landtagswahlkampf an Rhein und Ruhr, sondern die NPD. Bei deren nordrhein-westfälischem Landesverband geht die Sorge um, noch schlechter als in der Vergangenheit abzuschneiden. Und womöglich zieht gar die neue Konkurrenz von „pro NRW" an der NPD vorbei und sorgt dafür, dass es erneut nicht einmal für ein Prozent und damit für die Teilhabe an der Wahlkampfkostenerstattung reicht. Angesichts ihrer schwächlichen Situation „Themenklau" zu betreiben, wird der NRW-NPD in den einschlägigen Foren vorgehalten. Ihre Fürsprecher kontern: Es gebe ja wohl kein Monopol einer Gruppe auf ein bestimmtes politisches Thema.

Dass sich die NPD anschickt, im Revier der Rechtspopulisten zu wildern, gefällt dem „pro NRW"-Vorsitzenden Markus Beisicht jedenfalls wenig. Er beteuert, um Bürgerlichkeit und Seriosität bemüht, man habe „nichts mit Neonazis à la NPD und Co. zu tun". Ihn stört auch, dass das von ihm so titulierte „NS-Gruselkabinett" just an jenem Wochenende Ende März, wenn „pro NRW" zum „Sternmarsch" auf die Merkez-Moschee in Duisburg ruft, mit eigenen Veranstaltungen ebenfalls in der Ruhrgebietsstadt auf die Straße geht.

„Pro NRW" und NPD ein paar Zehntelprozent abnehmen will die (noch) kleinere Konkurrenz rechtsaußen. Republikaner-Chef Rolf Schlierer nutzte den Neujahrsempfang seines NRW-Landesverbandes Ende Januar in Dortmund, um noch einmal zu betonen, dass er von einer Kooperation mit „pro NRW" überhaupt nichts hält. Ohne direkt deren Namen zu nennen, machte er deutlich, dass er die „pro"-Funktionäre Beisicht und Manfred Rouhs für Intriganten hält, die schon vor eineinhalb Jahrzehnten mit Falschmeldungen gegen ihn beziehungsweise die REP-Parteispitze operiert hätten. Auch die Urheber einer gefälschten Pressemitteilung, mit der im Januar sein angeblicher Rückzug vom Amt des REP-Vorsitzenden kundgetan wurde, vermutet Schlierer in Köln. „Mit solchen Leuten, die mit solchen Methoden arbeiten, möchte ich nichts zu tun haben."

Zwar dürfte die Mehrzahl der REP-Funktionäre in NRW derzeit noch hinter Schlierer stehen, doch geschlossen wirkt die Partei nicht. Mit Frank Maul hat bereits im vorigen Herbst einer ihrer stellvertretenden Landeschefs die Fronten gewechselt. Und ein anderer Landesvize, Ulrich Manes aus Minden-Lübbecke, ließ es sich nicht nehmen, der regionalen Veranstaltung von „pro NRW" zum Wahlkampfauftakt in Ostwestfalen seine Aufwartung zu machen. Er soll im vorigen Jahr bei einer Funktionärskonferenz den Antrag gestellt haben, auf einen Antritt der zerstrittenen Republikaner bei der Landtagswahl zu verzichten.

Damit nicht genug der Unübersichtlichkeit im Spektrum rechts der Union: Neben der Kleinstpartei „Ab jetzt … Bündnis für Deutschland", die mit einer Landesliste und vier Direktkandidaten im Rhein-Sieg-Kreis antreten will, soll auch die reanimierte Deutsche Partei (DP) auf den Stimmzetteln stehen. Sie will, falls sie die erforderlichen 1000 Unterstützungsunterschriften beisammen bekommt, mit einer Landesliste antreten, außerdem nach dem jetzigen Stand mit zwei Direktkandidaten. In Bochum soll der Landesvorsitzende Michael Fischer kandidieren, in einem Wahlkreis im Rhein-Sieg-Kreis Dieter Danielzick (64).

Danielzick, in den 80er Jahren für die Republikaner aktiv, später als „Generalsekretär" bei „Ab jetzt …" und nun als Parteiloser Zweiter auf der Landesliste der DP, war zwischendurch auch schon bei „pro NRW". Dort durfte er sogar als stellvertretender Vorsitzender fungieren. Warum er dort nicht mehr zugange ist, erklärte er jüngst so: Er habe sehr schnell feststellen müssen, dass bei „pro NRW" „nur eine Meinung zählt, und das ist die des Parteivorsitzenden". In der Partei seien abgesehen von einer sechsköpfigen Führungsgruppe nur „Abnicker" gefragt: „Alle anderen sind nur Wasserträger, die je nach Bedarf ausgetauscht werden." Alles in allem, so meint Danielzick, könne man „von viel Schaumschlägerei in dieser Partei ausgehen, ohne jegliches Konzept". Schaumschlägerei freilich schließt Wahlerfolge rechtspopulistischer Parteien nicht prinzipiell aus, wie die Erfahrung zeigt.

Tomas Sager

Testamentsvollstreckung

Die rassistische „Gesellschaft für biologische Anthropologie, Eugenik und Verhaltensforschung" tritt das Erbe Jürgen Riegers an.

Monate nach dem Tod des Hamburger Neonazi-Anwaltes Jürgen Rieger steht fest, dass Neonazis weiterhin die „Schlüsselgewalt" über mindestens zwei seiner Großimmobilien behalten dürften. Sowohl das „Schützenhaus" im thüringischen Pößneck und der „Heisenhof" im Landkreis Verden in Niedersachsen, beide Immobilien im Besitz der „Wilhelm Tietjen Stiftung Ltd", gehörten Rieger de facto gar nicht, sondern waren von ihm nur treuhänderisch verwaltet worden. Zwar ist die rassistische „Gesellschaft für biologische Anthropologie, Eugenik und Verhaltensforschung e.V." (GfbAEV) noch nicht formal als Erbe der Tietjen-Stiftung eingetragen, aber der in Schleswig-Holstein ansässige Verein gilt als zukünftiger Eigentümer beider Anwesen.

Noch zu Lebzeiten erteilte der vermögende Bremer Wilhelm Tietjen Rieger den Auftrag, eine Stiftung beziehungsweise britische Gesellschaft seines Namens zu gründen. Dem kinderlosen Ex-Lehrer stand der Sinn nach einer baldigen „Gründung eines Instituts zwecks Mehrung der Träger elitärer Erbanlagen" sowie die „Errichtung einer entsprechenden Spermienbank". 2002 starb Tietjen, den Nachbarn als eigensinnigen „Waldschrat" wahrgenommen hatten und hinterließ ein Testament, welches nun bei Aufräumarbeiten in Riegers Hinterlassenschaften gefunden wurde. Demnach war der Hamburger Neonazi-Anwalt und Chef des NPD-Landesverbandes zunächst „Testamentsvollstrecker", dann Verwalter der Tietjenschen Millionen – allerdings in doppelter Eigenschaft als Geschäftsführer der britischen „Wilhelm Tietjen Stiftung Ltd" sowie als Vorstandsmitglied der einzigen Erbin, der „Gesellschaft für biologische Anthropologie, Eugenik und Verhaltensforschung e.V."

Ein Berg Arbeit wartet auf die Nachlassverwaltung im Fall Rieger, vieles ist noch im Unklaren – aber Einigung besteht darüber, dass Riegers einzige Erben, seine vier Kinder aus zwei Beziehungen, nichts mit dem Tietjen-Besitz in Pößneck und Dörverden zu tun haben werden. Damit scheinen die Kommunen in Dörverden und Pößneck vom Regen in die Traufe zu kommen. Im Januar wurde ein neuer Vorstand der GfbAEV, deren Ziele unter anderem die Förderung „erbgesundheitlicher Bildungsarbeit" und „Sozialhygiene" sind, gewählt. Insiderinformationen zufolge habe Riegers enger Adlatur Thomas Wulff noch versucht, eine Führungsposition im Verein zu erlangen.

Die übernahm jedoch ein anderer: Marc Müller, der im Herbst vergangenen Jahres mit seiner großen Familie von Baden-Württemberg in die Nähe von Güstrow gezogen war. Müller und seine Ehefrau Petra sind im braunen Netz keine Unbekannten, sie galten als enge Weggefährten Riegers. Sie zählen zur rassistischen „Artgemeinschaft", nahmen an Treffen auf dem „Heisenhof" teil, waren zuvor schon in der verbotenen „Wiking-Jugend" und bis zum Verbot 2009 im Umfeld der „Heimattreuen Deutschen Jugend" (HDJ) aktiv. Den beiden Kindererziehungsvereinen war eine Wesensverwandtschaft mit dem Nationalsozialismus nachgewiesen worden. Petra Müller gehörte vor vier Jahren zu den Mitbegründerinnen der NPD-Unterorganisation „Ring Nationaler Frauen". Ihr Mann betrieb im vergangenen Jahr einen militärisch-anmutenden „Zivilschutzversand" mit Survivaltouren für das Überleben in der Krise, Fluchtgepäck und Schießübungen in Tschechien im Angebot.

Als gewählter Neuvorstand des akademischen „Rassisten-Clubs" GfbAEV wird Müller jetzt zuständig sein für die Immobilien. Noch liege die „Schlüsselgewalt" allerdings bei Wulff, heißt es. Der soll im Mai 2009 in Thüringen die Kopie einer Verfügung vorgezeigt haben, mit der Rieger „im Falle seines Ablebens" Wulff als seinen Vertreter bestimmt habe, wissen Insider. Als Erbe Riegers taucht Thomas Wulff nicht auf. Er sei aber sofort eingesprungen, als der überforderte GfbAEV-Vorstand unter Pensionär K. Hilfe gesucht habe. Das war vor der Wahl Müllers.

Den zuständigen Behörden in Verden und im Saale-Orla-Kreis ist die Rasse-Vereinigung GfbAEV noch „kein Begriff". Sie gingen bisher davon aus, dass Riegers Kinder erben würden. In Dörverden liegt eine teure Abrissverfügung für die vier ehemaligen Bundeswehrgebäude auf dem „Heisenhof" vor. Rieger war dagegen vorgegangen. Ob es zum Abriss kommen kann, darüber muss das Oberverwaltungsgericht in Lüneburg entscheiden.

Andrea Röpke/Maik Baumgärtner

„Überwindung des Systems“

Jenseits von Parteistrukturen hat sich das so genannte „Freie Netz“ als hierarchisch organisiertes Neonazi-Netzwerk etabliert.

Seit nunmehr drei Jahren arbeiten Neonazis unter dem Etikett „Freies Netz“ zusammen. Hinter dem Leitspruch „freiheitliches Fühlen – sozialistisches Denken – völkisches Handeln“ stehen so genannte „Freie Kräfte“, deren Schwerpunktaktivitäten in Sachsen, Ostthüringen und dem Südosten Sachsen-Anhalts liegen. Die anfangs lose Vernetzung, die 2007 entstand, wich im Laufe der Zeit einer organisierten Struktur. Auch das Verhältnis zur NPD hat sich gewandelt.

Als im August 2008 ein Mädchen in Leipzig misshandelt und getötet worden war, fanden wöchentlich Trauermärsche statt, die maßgeblich von Neonazis bestimmt wurden. Für die Anwohner bestand kaum ein Problem darin, neben etlichen Transparenten mit der Forderung nach der „Todesstrafe für Kinderschänder“ zu laufen. Als Istzvan Repaczki, der Onkel des getöteten Mädchens auf den Plan trat, wusste anfangs niemand, dass es sich bei ihm um eine Kaderfigur des „Freien Netzes“ (FN) Leipzig handelte. Die Neonazis vom FN waren mehrmals mit mehr als 100 Personen an den Protesten gegen Kindesmissbrauch beteiligt, bis die Stadt schließlich einschritt.

Organisatorisch sowie personell knüpfte das FN an Strukturen des so genannten „Nationalen Beobachters“ und des „Nationalen und Sozialen Aktionsbündnis Mitteldeutschland“ an. Beide Strukturen waren Zusammenschlüsse von verschiedenen „Freien Kameradschaften“ im Raum Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen. Mit der Öffnung der Neonazi-Szene für andere Subkulturen und der damit verbundenen Auflösung der alten „Skinhead“-Kameradschaften füllte das FN diese Lücke komplett aus. In Sachsen sind so genannte „Stützpunkte“ des Freien Netzes vor allem im Bereich Mittel- und Nordsachsen zu finden, unter anderem in Chemnitz, Geithain sowie in und um Leipzig.

Was von vielen Behörden bis heute als unscheinbare Gruppe von Neonazis wahrgenommen wird, ist mittlerweile eine feste Größe in der deutschen Neonazi-Szene. Aktivisten des FN treten nicht nur auf Demonstrationen in Deutschland auf, sondern ebenfalls bei Veranstaltungen des tschechischen „Narodni“ („Nationaler Widerstand“). Auch das „Fest der Völker“, ein internationales Neonazi-Event in Thüringen, wird vom Freien Netz – zum Beispiel durch Ordner – unterstützt. Doch nicht nur auf Demonstrationen nehmen die Anhänger des FN personell und mit Transparenten einen sichtbaren Platz ein, auf ihren regionalen Seiten im Internet verbreiten sie mit einem modernen Design ihre Parolen und Texte.

Gute Zusammenarbeit mit der NPD

Viel unscheinbarer sind die Rekrutierungsversuche bei Jugendlichen im Raum Nordsachsen. Hier werden regelmäßig Ausflüge, Wanderungen und Grillabende in vertrauter Runde durchgeführt. Dabei werden gezielt Menschen aus dem persönlichen Umfeld angesprochen und eingeladen, um sie in die Szene einzuführen. Seit etwa zwei Jahren wird beobachtet, dass viele junge Menschen den Anschluss an das FN gefunden haben.

Für die NPD, insbesondere den sächsischen Landesverband, ist das FN mit seinen vielen jugendlichen Anhängern besonders interessant. Dies hat verschiedene Gründe. Vor der Landtagswahl 2004 konnte die NPD auf die volle Unterstützung der „Freien Kräfte“ bauen, was sich im Laufe der Jahre änderte. Daher war der Parteiführung schnell klar, dass ein offensiver Wahlkampf – wie er 2009 geführt wurde – nicht ohne die Unterstützung der „parteifreien Aktivisten“ möglich war. Mehrere Aktivisten des FN wurden für ihre Unterstützung belohnt. So arbeiten mit Marcus Großmann, Tommy Naumann, Istzvan Repaczki und Maik Scheffler gleich vier FN-Kader für die Landtagsfraktion der NPD in Dresden.

Exemplarisch für die gute Zusammenarbeit zwischen dem FN und der NPD steht auch das NPD-Bürgerbüro in Geithain. Im Zentrum des Ortes wurde ein Haus gekauft, das offiziell als Büro genutzt werden soll. Doch bisher wurde das Objekt fast ausschließlich vom Umfeld des FN Geithain für interne Veranstaltungen genutzt, dessen Stützungspunktleiter Manuel Tripp ist außerdem parteiloser Stadtrat in Geithain.

Im Gegensatz zu ihren Gesinnungskameraden aus den neuen Bundesländern haben allerdings die Anhänger des seit Anfang 2009 aktiven „Freien Netzes Süd“ (FNS) ein

gespaltenes Verhältnis zur NPD. Nach einem gescheiterten Putschversuch auf dem Landesparteitag der NPD-Bayern im November 2008, auf dem einige der heutigen Aktivisten des FNS versuchten, Führungspositionen zu besetzen und damit den Kurs der Landes-NPD zu radikalisieren, etablierte sich die neue Struktur. Infolge des Parteitags soll es auch zu handgreiflichen Auseinandersetzungen zwischen NPD-Anhängern und „Freien Kräften" gekommen sein.

Auf die „geistige Revolution" hinarbeiten

Das FNS propagiert einen „Nationalen Sozialismus" und sieht seine Aufgabe in dem „Kampf um die Straße und dem Kampf um die Köpfe". Insider vermuten hinter der jungen Struktur den Versuch, die 2004 verbotene „Fränkische Aktionsfront" als Kameradschaftsdachverband neu zu beleben. Hauptprotagonist und Anmelder der Domain, die als „Widerstandsportal für Bayern, Franken, Schwaben und die Oberpfalz" dienen soll, ist Tony Gentsch aus dem nordbayerischen Töpen. Der ehemalige Bassist der Combo „Braune Brüder" hat seinen Lebensschwerpunkt auf die Szene verlagert. Er pflegt nicht nur Bundesländer übergreifende Kontakte, sondern gilt auch als Organisator unzähliger Rechtsrock-Konzerte. Gentsch betreibt auch den Online-Shop „Versand 100% … alles für den Straßenkampf".

„Unser Freies Netz und die anderen Freien Netze in Mitteldeutschland und im Süden der BRD dürfen erst der Anfang sein!" schreiben die „Nationalen Sozialisten Jena" auf ihrer Internetseite. Das Ziel sei eine Vernetzung, gegen die auf „Dauer kein Regime der Welt" ankämpfen kann. Durch Sonnenwendfeiern und Orientierungsmärsche soll das „kameradschaftliche Zusammensein" gefördert werden, während durch Schulungen und Vortragsveranstaltungen auf eine „geistige Revolution" hingearbeitet wird.

Jenseits neonazistischer Parteistrukturen etabliert sich mit dem FN Stück für Stück ein hierarchisch organisiertes Netzwerk. Dass es in den einzelnen Regionen ein unterschiedliches Verhältnis zur NPD gibt, spielt in der praktischen Arbeit der Neonazis keine Rolle. Die „Überwindung des Systems", das heißt die Abschaffung der Demokratie, bleibt ein gemeinsames Ziel.

Maik Baumgärtner/Falk Scheerschmidt

Beliebte Szene-Devotionalien

Rechter Lifestyle-Laden in Berlin geschlossen.

Der Klamottenladen „Harakiri" im Nordosten Berlins ist seit dem 9. Februar geschlossen, er war in letzter Zeit nur noch sporadisch geöffnet. Vor mehr als 15 Jahren hatte Henry Harms den Shop eröffnet, der stand seitdem immer wieder in der Kritik und war häufig Ziel von Protesten. Denn im hinteren Raum des Ladens wurden zahlreiche in der braunen Szene beliebte Devotionalien angeboten. Dazu zählte nicht nur die beliebte Modemarke „Thor Steinar", sondern auch indizierte Tonträger der Neonazi-Bands „Screwdriver", „Spreegeschwader" und „Blue Eyed Devils" waren in dem Laden zu finden. Zudem lagen in dem Laden auch Informationsmaterialien wie Flyer und Plakate aus, auf denen für Veranstaltungen, Demonstranten und Konzerte der Neonazi-Szene geworben wurde.

Nach Angaben von Claudia Franke, die als Mitglied einer regionalen „Antifagruppe" schon seit Jahren den Laden im Blick hat, sorgte der Shop nicht nur für den Lifestyle der rechten Szene. Im Jahr 2007 sollen Ladenmitarbeiter Neonazis Aufnahmen vermeintlicher politischer Gegner zur Verfügung gestellt haben, die diese dann versehen mit Adressen und Namen der Betroffenen im Internet veröffentlichten. Die Fotos seien durch eine am Laden befestigte Überwachungskamera geknipst worden. Mit der Schließung des Ladens fällt auch ein Teil der braunen Infrastruktur weg. Der Verkauf der Materialien für den braunen Lifestyle wird allerdings weiterhin via Internetversand und Ebay abgewickelt.

Das Internet ist auch die Haupteinnahmequelle beim Vertrieb von Thor-Steinar-Artikeln. Die beiden Läden in den Berliner Stadtteilen Mitte und Friedrichshain, in denen die Modemarke vertrieben wird, werden nicht aus ökonomischen Aspekten, sondern vor allem aus Prestigegründen weiter betrieben. Allerdings sind in beiden Fällen Räumungsklagen anhängig, über die noch nicht entschieden wurde. Ein Urteil des Bundesverfassungsgerichts, das in letzter Instanz über die Räumung eines Thor-Steinar-Ladens in Magdeburg zu befinden hat, könnte auch über die Zukunft dieser Läden entscheiden.

Peter Nowak

Chronischer „Brandstifter“

Nach Verbüßung seiner Haftstrafe kommt Ernst Zündel jetzt auf freien Fuß. Der Holocaust-Leugner agiert seit Anfang der 70er Jahre in der rechtsextremen Szene.

Der notorische Holocaust-Leugner Ernst Zündel (Jg. 1939) soll am 1. März aus der Justizvollzugsanstalt Mannheim entlassen werden. Angeblich will er sich dann in seinem Elternhaus in der Schwarzwaldstadt Bad Wildbad niederlassen.

Zündel war im Februar 2007 von der 6. Großen Strafkammer des Landgerichts Mannheim wegen Volksverhetzung, Beleidigung und Verunglimpfung des Andenkens Verstorbener zu einer Haftstrafe von fünf Jahren verurteilt worden. Eine Revision des Urteils lehnte der 1. Strafsenat des Bundesgerichtshof im September 2007 ab. Bei der Urteilsverkündung fand der Vorsitzende Richter deutliche Worte. Er bezeichnete Zündel als einen „Brunnenvergifter und Brandstifter, einen Verehrer dieses menschenverachtenden Barbaren Adolf Hitler, von dem er dummdreist daherschwafelt“.

Damit nahm ein 16-monatiges Mammut-Verfahren sein Ende. Der bisher spektakulärste Prozess wegen Volksverhetzung drohte mehrfach zu einer Farce zu verkommen. Zündels Wahlverteidiger hatten sich offenbar vorgenommen, das Verfahren mit allen Mitteln zu torpedieren. Eine Flut von Anträgen sollte den Prozess verzögern. Ein Verteidiger verlas Passagen aus Hitlers „Mein Kampf“ und den NS-Rassegesetzen. Mehrfach wurde der Vorsitzende Richter von der Wahlverteidigerin Sylvia Stolz niedergebrüllt, die dem Gericht die Legitimation absprach, den Prozess überhaupt führen zu dürfen. Am Zündel-Prozess nahmen Gleichgesinnte aus dem In- und Ausland teil: unter anderem Thomas Wulff, Wolfgang Juchem, Bernhard Schaub (Schweiz) und Herbert Bellschan von Mildenburg (Paraquay), einst SS-Untersturmführer. Regelmäßig vor Ort als Szene-Prozessberichterstatter war Günter Deckert, Ex-NPD-Bundesvorsitzender.

Im März 2005 war Zündel aus seiner Wahlheimat Kanada abgeschoben und an die deutschen Behörden überstellt worden. Hier erwartete ihn ein seit 2003 bestehender Haftbefehl der Staatsanwaltschaft Mannheim. Bis zum Prozessbeginn saß Zündel in Untersuchungshaft – und hat deshalb nun seine fünfjährige Haftstrafe verbüßt.

Seit 1996 hatte die Staatsanwaltschaft Mannheim gegen Zündel wegen des Verdachts der Volksverhetzung und anderer Straftaten ermittelt. Gegenstand der Ermittlungen waren Veröffentlichungen auf der Homepage www.zundelsite.org und in den von Zündel in unregelmäßigen Abständen herausgegebenen „Germania-Rundbriefen“ (Untertitel: „Ein Ziel, Ein Wille, Ein Sieg“), die hauptsächlich in der rechtsextremen Szene in Deutschland verbreitet wurden. Auf der „Zundelsite“ waren unter anderem Bücher, die in der Bundesrepublik der Beschlagnahme unterliegen beziehungsweise von der Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Schriften indiziert wurden, mit vollem Text eingestellt, darunter „Starben wirklich sechs Millionen?“ von Richard Harwood.

„Forschungsarbeiten“ in Auschwitz

Zündel hatte 1958 im Alter von 19 Jahren die Bundesrepublik verlassen, weil er nicht in der „von den Amis aufgezwungenen Besatzungsarmee dienen wollte“ und war nach Kanada ausgewandert. Dort erhielt der gelernte Graphiker als „Landed Immigrant“ ein unbegrenztes Aufenthaltsrecht. Anfang der siebziger Jahre begegnete Zündel dem vormaligen SS-Sonderoffizier in Auschwitz, Thies Christophersen, und übersetzte dessen antisemitische Hetzschrift „Auschwitz-Lüge“ ins Englische. 1976 gründete Zündel den Verlag „Samisdat Publishers Ltd.“, den er zur propagandistischen Zentrale der Internationale der Holocaust-Leugner ausbaute. 1979 nahm er an der Gründungsversammlung des geschichtsrevisionistischen „Institute for Historical Review“ (IHR) teil.

In Kanada wurde Zündel wiederholt wegen seiner rechtsextremen Umtriebe angeklagt, aber immer nur zu geringfügigen Strafen verurteilt. Zu seiner strafprozessualen Unterstützung beauftragte Zündel 1987 den US-Amerikaner Fred Leuchter mit „Forschungsarbeiten“ in Auschwitz, die dieser illegal ausführte. Das „Ergebnis“ war die holocaustleugnende Schrift „Leuchter-Gutachten“. 1991 wurde Zündel in München am Rande der revisionistischen Großveranstaltung „Wahrheit macht frei“ in der Wohnung von Ingrid Weckert, Autorin für den revisionistischen Grabert-Verlag, verhaftet und später wegen Volksverhetzung, Aufstachelung zum Rassen-

hass und Beleidigung zu einer Geldstrafe über damals 12 600 Mark verurteilt. Von Jahresende 1994 an verbreitete Zündel gemeinsam mit seiner dritten Ehefrau Ingrid Rimland auch im Internet holocaustleugnende und NS-glorifizierende Propaganda.

Gefahr für die öffentliche Sicherheit
1995 übernahm Zündel von Thies Christophersen die Herausgabe der NS-apologetischen Zeitschrift „Die Bauernschaft", die er kurze Zeit darauf wieder einstellte. Zur Unterstützung Zündels bei Gerichtsprozessen und zur Bewältigung des weltweiten Versands der holocaustleugnenden Schriften, Bücher und Videos kamen aus der Bundesrepublik immer wieder Gleichgesinnte nach Toronto, darunter der einstige SS-Mann Hans-Rudolf von der Heide. Eine der treuesten Anhängerinnen Zündels war die 2004 im Alter von 90 Jahren in Düsseldorf verstorbene und bis zuletzt umtriebige Rechtsextremistin Renate Stahlschmidt. Besonders engagiert war das NPD-Mitglied Stahlschmidt in Sachen Fundraising für Zündel. Immer wieder sammelte sie in ihrem politischen Umfeld Geld für Zündel und half selbst mit ihrer Schwester mehrfach bei Postversandarbeiten in Toronto aus. Zu den Zündel-Spendern zählte auch der 1999 verstorbene Papier-Fabrikant Hans-Joachim Dill aus dem schwäbischen Leinfelden-Echterdingen.

1996 wurde Zündel vom kanadischen Geheimdienst als Gefahr für die öffentliche Sicherheit eingestuft. Im Dezember 2000 scheiterten Zündels Versuche, die kanadische Staatsangehörigkeit zu erlangen, in letzter Instanz. Deshalb gab der Holocaust-Leugner im Mai 2001 seinen „Samisdat Publishers Ltd."-Verlag auf und siedelte zu seiner Ehefrau in die USA über. Seine rechtsextremen Propagandaaktivitäten setzte Zündel fort. Im Februar 2003 wurde er in Pigeon Forge/Tennessee wegen Verstoßes gegen die amerikanischen Einwanderungsbestimmungen verhaftet, nach Kanada abgeschoben und sofort verhaftet.

Zur angekündigten Freilassung von Zündel merkte ein anonymer Neonazi bei „Altermedia" an: „Mal gucken, ob Zündel den Schneid hat, sich von seinen Kerkermeistern – wie schon der Kamerad Mahler – mit einem zackigen Deutschen Gruß zu verabschieden?! So gehört es sich für ein echtes Kämpferherz!".

Anton Maegerle

Rassistische Tiraden

Die Rechtspopulisten vom belgischen Vlaams Belang wollen offenbar an den wasserstoffblonden „Volkstribun" Geert Wilders in den Niederlanden andocken.

Den Gerichtssaal in eine politische Tribüne verwandeln, den Prozess als Kulisse für donnernde Ansprachen – mit Blick auf ihre Öffentlichkeitswirkung – nutzen, sich zum Verfolgten aufschwingen: Das Prozedere ist für einen politisch Aktiven, der unter strafrechtlicher Anklage vor Gericht steht, ziemlich klassisch. Auch der niederländische Rechtspopulist Geert Wilders, dessen Prozess am 20. Januar dieses Jahres in Amsterdam begann und – nach vorübergehender Aussetzung – im Juli wieder aufgenommen werden soll, bildet keine Ausnahme, da er ganz nach diesem Motto verfährt. Dennoch ist das Verfahren gegen ihn etwas Besonderes, möchte der wasserstoffblonde „Volkstribun" den Prozess doch in einer Weise als Bühne benützen, die weit über die Landesgrenzen hinaus Erschütterungen hervorrufen könnten.

Vor Gericht steht Wilders, weil er aufgrund von Äußerungen in seinem umstrittenen Film „Fitna" der Aufstachelung zum Rassenhass beschuldigt wurde. Anklage wurde insbesondere erhoben, weil Wilders in dem militanten Video – dessen Namen auf den muslimischen Begriff für einen „Bruderkrieg unter Gläubigen" anspielt – unter anderem den Koran als „faschistisches Buch" bezeichnet, ihn mit Adolf Hitlers „Mein Kampf" gleichsetzt, und ein Verbot fordert. Niederländer muslimischen Glaubens fühlten sich daraufhin beleidigt. Doch es gibt auch über 40 Klagen von linken oder antirassistischen Gruppen und Personen.

„Hassprediger" als Zeuge vor Gericht
Bei den Anhörungen in der ersten Februarwoche scheiterte der Rechtspopulist Wilders vor Gericht vorläufig mit seinen diversen Anträgen. Unter anderem wollte er die Verlagerung des Prozessses nach Den Haag, wo er seinen Wohnsitz hat. Ebenso forderte er, um seine These vom grundsätzlich gefährlichen und verdammungswürdigen Charakter der muslimischen Religion zu untermauern, zwei hochrangige Repräsentanten des iranischen Regimes oder einen als „Hassprediger" bekannten Imam aus Den Haag zur Anhörung vorzuladen. Auch der Anhänger radikal islamistischer Ideen Mohammed Bouyeri, der im November 2004 den niederländischen Regisseur

Theo van Gogh ermordete, solle als Zeuge gehört werden. Alle sollten dem Gericht bestätigen, ihre Handlungen stünden unter dem Einfluss „des“ Islam und erwüchsen aus ihm. Die Richter schmetterten jedoch 15 von 18 Anträgen der Verteidigung auf Zeugenvernehmung ab: Es sei als bekannt vorauszusetzen, dass solche Islaminterpretationen existierten.

Noch ist unklar, ob Wilders es schaffen wird, den Prozess auf Dauer erfolgreich als Bühne für sich und seine politischen Thesen zu nutzen. Derzeit steht seine „Freiheitspartei“ PVV (Partij voor die Vrijheid), die bei den Europaparlamentswahlen im Juni vergangenen Jahres 17 Prozent der niederländischen Stimmen erhielt, in den Umfragen als zweitstärkste politische Kraft im Lande da und scheint vor den 2011 anstehenden Parlamentswahlen noch im Aufschwung. Geert Wilders ist ihr einziges eingeschriebenes Mitglied, da er angibt, seine „Bewegung“ möge sich nicht als politische Partei, sondern als völlig neuartig organisierte Kraft strukturieren. Auf diese Weise behält er freilich leicht die Kontrolle über ihre Entwicklung.

Wilders und die PVV propagieren neben einem Koranverbot das Totalverbot von Kopftüchern und Moscheen, die Abschaffung der doppelten Staatsbürgerschaft, die Ausweisung von straffällig gewordenen Doppelstaatsbürgern – die natürlich rechtswidrig ist, da im Prinzip kein Land eigene Staatsbürger ausliefern oder abschieben darf – sowie den Ausschluss der „korrupten“ Länder Rumänien und Bulgarien aus der EU. Ferner möchte er die Grenzen für alle Nichteuropäer, vor allem aber Moslems, dicht machen.

Radikaler Flügel übernimmt die VB-Führung

Im Nachbarland Belgien, beziehungsweise Flandern, verfügt Wilders über Unterstützer. Die dort gut verankerte rechtsextreme Partei Vlaams Belang (VB, „Flämisches Interesse“) demonstrierte anlässlich der Prozesseröffnung im Januar, trotz Verbots, vor der niederländischen Botschaft in Brüssel für Wilders. Die einige Dutzend umfassende Delegation des Vlaams Belang wurde durch den Vorsitzenden seiner Faktion im flämischen Regionalparlament, Filip Dewinter, angeführt.

Filip Dewinter ist zugleich der politische Chef und „Star“ des radikaleren Flügels der Partei, die derzeit heftig zerstritten ist – und innerhalb derer ein Teil durch das Andocken an den bislang erfolgreichen Geert Wilders anscheinend neuen Schwung sucht. Aufgrund der Schwierigkeiten, angesichts des „Cordon sanitaire“ genannten Bündnisverweigerungsgebots der übrigen belgischen Parteien, politische Alliierte zu finden, setzt ein Teil des VB sich in den letzten Monaten für eine Abschwächung der rassistischen Tiraden der Partei und ihre Annäherung an bürgerliche Rechte ein. Angeführt wird diese Fraktion von dem Großunternehmer Bruno Valkeniers, seit 2008 Parteivorsitzender, der trotz seiner Jugendaktivitäten in einem neonazistischen Studentenverband (NSV) derzeit den gemäßigteren Flügel anführt.

„Die Angeekelten gehen“

Ende November 2009 endete ein Kongress vorübergehend mit einem Sieg des extremen Flügels. Die Versammlung verabschiedete einen Programmtext unter dem Titel „Für eine radikale, nationalistische und republikanische Volkspartei“, und der radikalere Teil übernahm die Führungsmehrheit. Die 37-jährige Abgeordnete Marie-Rose Morel zog sich daraufhin mit den Worten zurück: „Die Ekligen bleiben, die Angeekelten gehen.“ Unterdessen sind aber die Prognosen für die Partei, die 2007 bei den flämischen Regionalparlamentswahlen 24 Prozent in der Region – und bei den jüngsten Europaparlamentswahlen noch 15,3 Prozent der dort abgegebenen Stimmen – erhielt, laut Umfragen auf 12,8 Prozent gesunken.

Gewinner dieser Entwicklung sind derzeit eher die bürgerlichen flämischen Parteien, unter ihnen die rechtskonservative flämisch-nationalistische Partei NVA, die den offenen Rassismus des VB jedoch ablehnt und – trotz vermeintlich verlockenden Bündnisangeboten des Vlaams Belang für den Fall, dass sie ihrerseits in die Opposition geht – bislang der flämischen Regionalregierung angehört. Eine rechtspopulistische Liste unter dem Namen „Liste Dedecker“, benannt nach ihrem Vorsitzenden Jean-Marie Dedecker, hatte bei den Europaparlamentswahlen (sie holte 7,7 Prozent in Flandern) ebenfalls im Wählerpotenzial des VB gefischt. Jean-Marie Dedecker veröffentlichte im Herbst 2009 seinerseits ein rassistisch geprägtes Buch über „Ausländerproblematik“, Integration und Islam.

Bernhard Schmid

SEITENBLICK

Bald ist alles Weiß

Der Hamburger FC St. Pauli arbeitet die braune Vergangenheit auf.

„Nie wieder Faschismus“ ist für die Fans des FC St. Pauli keine inhaltsleere Parole. Rund 250 Anhänger des Vereins nahmen am 65. Jahrestag der Befreiung des Konzentrationslagers Auschwitz an einer Gedenkveranstaltung vor dem Hamburger Millerntor-Stadion teil. Einer der Redner war der Historiker Gregor Backes, der im Auftrag der Klubführung eine Studie über den Kiezklub in der Zeit des Nationalsozialismus erstellt.

Erst am 9. November 2004 war – auf Initiative kritischer Fans – im Beisein des damaligen und heutigen Präsidenten Corny Littmann vor der Südtribüne eine kommentierende Gedenktafel platziert worden. Der Text lautet: „Zum Gedenken an die Mitglieder und Fans des FC St. Pauli, die während der Jahre 1933 bis 1945 durch die Nazi-Diktatur verfolgt oder ermordet wurden.“

Gregor Backes machte auf der Gedenkfeier anhand eines Beispiels deutlich, dass auch der FC St. Pauli noch eine historische Last abzutragen hat. Zwar habe der Stadtteilverein noch im Frühjahr 1933, als andere Vereine ihre jüdischen Mitglieder ausschlossen, die Brüder Otto und Paul Lang aufgenommen. Beide waren jüdischer Herkunft und gründeten die bis heute überaus erfolgreiche Rugby-Abteilung. Doch allein deshalb sei der Verein „kein Hort des Widerstands“ gewesen, betonte der 42-jährige Historiker: „Tatsächlich hat sich der FC St. Pauli den Gegebenheiten angepasst und sich mit dem Regime und den politischen Rahmenbedingungen arrangiert.“

Kennzeichnend für den Umgang mit der eigenen Geschichte sei der Umgang mit der Person Otto Wolff, meint Backes. Wolff war in der Hansestadt verantwortlich für die Ausschaltung von Juden aus der Wirtschaft und die Liquidierung jüdischen Eigentums, an dem er sich persönlich bereicherte. 1945 ernannte Hitlers Architekt Albert Speer ihn zum Rüstungsbeauftragten für Norddeutschland. Wolff wurde nach Kriegsende drei Jahre interniert und wegen seiner SS-Mitgliedschaft rechtskräftig verurteilt. Gleichwohl habe der FC St. Pauli ihn mit offenen Armen empfangen, kritisiert Backes: „1950 wurde er für die Wahl zum Vizepräsidenten vorgeschlagen, 1971 Mitglied auf Lebenszeit.“ Die Goldene Ehrennadel durfte Wolff bis zu seinem Tod 1991 behalten. Die Vereinszeitung würdigte ihn im Nachruf ausdrücklich wegen seiner Verdienste „vor und während dem Zweiten Weltkrieg“.

Dank Backes’ Studie, die der Verein im Sommer veröffentlichen will, wird die braune Vergangenheit der Braun-Weißen lückenlos aufgedeckt. „Die Vereinsführung hat mich dazu ausdrücklich ermuntert und mir keine Steine in den Weg gelegt“, sagt Backes, der seit 1988 nur wenige Heimspiele verpasst hat.

Das politische Engagement innerhalb des Klubs gegen Rechts hat seit den 1980er Jahren Tradition. Damals entwickelte sich der FC St. Pauli zum „politisch etwas anderen Verein“: Mit dem zunächst noch spaßig gemeinten Schlachtruf „Nie wieder Krieg, nie wieder Faschismus, nie wieder dritte Liga!“ fing alles an. 1989 schuf der St. Pauli als erster Verein den Posten des Fanbeauftragten im deutschen Profifußball, organisierte Freundschaftsspiele mit türkischen Mannschaften als Gegenprogramm zur Ausländerfeindlichkeit und verbot den Verkauf von Aufnähern mit rechtslastigem Inhalt. Reichskriegsflagge, Plakate mit rechtsextremen oder revanchistischen Aussagen und rassistische Schmähungen im Stadion gehörten der Vergangenheit an, seitdem die überarbeitete Stadionordnung in „Paragraph 6“ bestimmt: „Verboten ist den Besuchern: Parolen zu rufen, die nach Art oder Inhalt geeignet sind, Dritte auf Grund ihrer Hautfarbe, Religion oder sexuellen Orientierung zu diffamieren.“

Als 1997 herauskam, dass der Namenspatron des Stadions, Ex-Präsident Wilhelm Koch, im Dritten Reich Mitglied der NSDAP war, wurde nach Fanprotesten eine Untersuchungskommission eingesetzt. Ein Jahr darauf kickten die gegnerischen Teams offiziell am „Millerntor“ und nicht mehr im „Wilhelm-Koch-Stadion“.

In Sachen Aufarbeitung der eigenen Nazi-Vergangenheit verortet Gregor Backes seinen Klub innerhalb des Profilagers „im oberen Drittel“. Vorbildlich sei der 1. FC Kaiserslautern – und der HSV, der sich mit der Ausstellung „Die Raute im Hakenkreuz“ dem Thema früh gestellt habe, sagt Backes.

Volker Stahl

„Das Wunder von Remagen“

Die missglückte Sprengung der Rheinbrücke durch die Deutschen Anfang März 1945 ermöglichte den weiteren Vorstoß der Alliierten.

Fragt man irgendjemanden nach der Ludendorff-Brücke, dürfte ein Achselzucken die Reaktion sein. Ändert man den Namen, fragt nach der Brücke von Remagen, werden zumindest Ältere ins Grübeln kommen. Da war doch mal was? Aber was genau? Das hängt irgendwie mit dem Krieg zusammen …

Remagen ist eine Stadt am Rhein mit einer großen Brücke. Über diese Brücke gelang es gegen Ende des Zweiten Weltkrieges westalliierten Truppen, den Strom zu überqueren und den größten Teil Deutschlands zu besetzen. Das war am 7. März 1945. Zwei Monate später war der Krieg in Europa zu Ende, Deutschland befreit.

Die Brücke wurde zwischen 1916 und 1918 auf Drängen der deutschen Generalität gebaut, um während des Ersten Weltkriegs mehr Truppen und Kriegsgerät an die Westfront zu bringen. Als sie 1918 fertig war, ging es mit dem Krieg bald zu Ende. Nun diente sie dem Wirtschaftsverkehr links und rechts des Rheins. Ihren Namen behielt sie. Kaiser Wilhelm II. hatte ihn ihr gegeben: die Ludendorff-Brücke, benannt nach einem deutschen General.

1939, nach dem deutschen Angriff auf Westeuropa, übernahm eine „Brückenwachkompanie“ das Kommando und bereitete für alle Fälle die Sprengung vor. 1940, nach dem deutschen Sieg über Frankreich, wurden die 600 Kilogramm Sprengstoff abgebaut und nach Darmstadt gebracht. Eine Sprengung schien nicht mehr nötig. Nach der Landung der Westalliierten in der Normandie im Sommer 1944 kam eine andere, kleinere Sprengstoffladung zurück an den Rhein. Sie sollte aber nur gezündet werden, wenn der Feind näher als acht Kilometer an die Brücke herangekommen sei. Das war Anfang März 1945 der Fall. Alliierte Bombenangriffe hatten der Brücke zuvor nichts anhaben können. Als sie nun in die Luft gejagt werden sollte, um den Vormarsch der Alliierten zu behindern, gab es dort nur noch 36 deutsche Soldaten – viel zu wenig für eine solche Aufgabe.

Derweil waren US-Truppen rechts und links der Brücke an den Rhein vorgestoßen – in großem Abstand, weil sie fürchteten, die Brücke könnte jeden Augenblick in die Luft fliegen. Trotzdem gelang es am 7. März 1945 um 11.00 Uhr einer kleinen US-Vorhut, die völlig unbeschädigte Brücke zu erreichen. Gut zwei Stunden später folgte ein mächtiger amerikanischer Bodenangriff auf den westlichen Teil der Brücke. Kurz vor 16.00 Uhr gab ein deutscher Major den Befehl zur Sprengung. Die Brücke bewegte sich kurz, fiel aber wieder in ihr Bett zurück. Ein Sprengkabel hatte nicht funktioniert. Nun war die Brücke frei für die US-Truppen.

Innerhalb der nächsten 24 Stunden rückten mehr als 8000 US–, britische und belgische Soldaten auf das Ostufer über. Es folgten weitere 18 Regimenter. Das „Wunder von Remagen“ machte im Westen Schlagzeilen. Auf deutscher Seite hatte es freilich tödliche Folgen. Hitler setzte vor Zorn bebend das „Fliegende Standgericht West“ ein. Den Vorsitz hatte Generalleutnant Rudolf Hübner. Er verurteilte fünf Offiziere wegen „Feigheit“ und „Dienstpflichtverletzung“ zum Tode. Vier wurden erschossen, einer geriet in US-Gefangenschaft und überlebte. Der Oberbefehlshaber der deutsche Westarmee, Gerd von Rundstedt, wurde abgelöst und durch Generalfeldmarschall Albert Kesselring ersetzt. Sein erster „Tagesbefehl“ lautete: „Ich befehle hiermit erneut, dass jeder Versagensfall auf kürzestem Weg gerichtlich zu überprüfen und zu erledigen ist. Ich erwarte von den Standgerichten schärfstes Durchgreifen und größte Härte.“

Am 17. März 1945 hatte die Sprengung doch noch Folgen. Das steinerne Fundament der Brücke war beschädigt worden. Die Brücke brach unter der schweren Last amerikanischer Soldaten und Panzer zusammen. 28 amerikanische Pioniere wurden in den eiskalten Rhein gerissen, 18 Leichen konnten nie geborgen werden. Ihre Kameraden bauten als Ersatz fünf Ponton-Brücken, die nach dem Sieg über Nazideutschland Ende Mai 1945 wieder abgebrochen werden konnten.

Heute befindet sich in einem Rest der Brücke ein „Friedensmuseum“ zur Geschichte des Bauwerks. 1968 produzierte der amerikanische Filmregisseur David L. Wolper den Spielfilm „Die Brücke von Remagen“. Das historisch zuverlässigste Buch dazu hat 1985 Rolf Palm geschrieben. Es heißt so wie der Film.

Heiner Lichtenstein

Hauen und Stechen bei der DVU

Hamburg – DVU-Chef Matthias Faust und seine innerparteilichen Gegenspieler drohen sich gegenseitig Ordnungsmaßnahmen bis hin zum Ausschluss an. Faust wirft dem niedersächsischen Landesvorsitzenden Hans-Gerd Wiechmann „Unkorrektheiten im finanziellen Bereich" vor, teilte der Neonazi Christian Worch, der seit einigen Monaten für die DVU aktiv ist, in einer E-Mail an „npd-blog.info" mit. Wiechmann seinerseits will Faust solche Vorwürfe gerichtlich untersagen lassen. Die mit dem niedersächsischen Landeschef verbündete Vorsitzende der DVU in Schleswig-Holstein, Ingeborg Lobocki, meint, Faust habe gemäß Paragraf 6 der DVU-Satzung seine Mitgliedschaft „verwirkt". Jener Paragraf nennt eine Reihe von Gründen, die zu einer „Verwirkung" der Mitgliedschaft führen, darunter die Abgabe einer eidesstattlichen Versicherung über seine Vermögensverhältnisse. Eine solche soll Faust Ende Juni letzten Jahres vor einem Amtsgericht abgegeben haben. Worchs Angaben gegenüber „npd-blog" zufolge sollen am 20. Februar Parteitage der DVU-Landesverbände Schleswig-Holstein und Niedersachsen darüber abstimmen, ob sie einen baldigen Bundesparteitag fordern. Sein Engagement für die DVU begründete Worch damit, dass er „an einer Ergänzung zu parteifreier Arbeit in Form einer wählbaren Partei interessiert" sei. (ts)

Holocaust-Leugner bei der NPD

Offenbach/Wiesbaden – Am 27. Februar findet zum wiederholten Male der von der NPD organisierte „Hessenkongress" im Raum Offenbach statt. Als Referent wird auch der bekannte Holocaust-Leugner Bernhard Schaub erwartet. Vier Referenten und ein „Kulturelles Rahmenprogramm" sind in einem Infoflyer für den Samstag angekündigt. Neben dem Schweizer Holocaust-Leugner Bernhard Schaub und dem NPD-Aktivisten Peter Naumann werden auch der Landesvorsitzende der NPD in Hessen, Jörg Krebs und Landesvorstandsmitglied Daniel Knebel auf dem Podium sitzen. Das angekündigte Kulturprogramm wird von der JN-Hessen, in Form eines Theaterstücks durchgeführt und von einem „CD Verkaufsstand" abgerundet. Schleusungspunkt für den Kongress ist eine Tankstelle in der Sprendlinger Landstraße in Offenbach. Nicht offiziell beworben wird hingegen eine Schulung, die einen Tag später wiederum mit Schaub stattfinden soll. Treffpunkt für die auf 25 Teilnehmer beschränkte Schulungsgruppe ist „10 Uhr in Wiesbaden am Hauptbahnhof". (mb)

Neonazis kaufen Schloss

Könnern – Gemeinsam mit dem ehemaligen Bundesfahrtenführer der verbotenen Wiking-Jugend Axel Schunk aus Stockstadt am Main soll NPD-Bundesvorstandsmitglied Thomas Wulff das ehemalige Schloss Trebnitz bei Könnern in Sachsen-Anhalt für 80 000 Euro ersteigert haben. Dies bestätigten das Landgericht Magdeburg und der Verfassungsschutz Sachsen-Anhalt. Zehn Prozent der Summe wurden angezahlt, der Rest des Geldes wird zwei Wochen später fällig – wenn nicht noch Gläubiger oder Schuldner Beschwerde einlegen. Bereits 2001 hatte der einflussreiche NPD-Drahtzieher Uwe Meenen aus Franken das Schloss im Auftrag des Altnazis Rolf Hanno aus Marbella gekauft. In dem grauen Gemäuer sollte ein „nationales Schulungszentrum" errichtet werden. Die Pläne scheiterten. Jetzt ist das weiträumige Anwesen erneut in Neonazi-Hand. (ar/ts)

Impressum

Schirmherrschaft:
Ute Vogt (Mitglied des SPD-Präsidiums)

Herausgeber:
Institut für Information und Dokumentation e.V.,
Helmut Lölhöffel

Redaktion:
Gabriele Nandlinger (verantwortlich)
Mail: nandlinger@bnr.de
Fon: (030) 255 94 174
Fax: (030) 255 94 192

Verlag:
Berliner vorwärts Verlagsgesellschaft mbH
Postfach 610 322, 10925 Berlin
Fon: (030) 255 94 100
Fax: (030) 255 94 192

Abo-Service:
Berliner vorwärts Verlagsgesellschaft mbH
Fon: (030) 255 94 130
Fax: (030) 255 94 199
Mail: vertrieb@vorwaerts.de